

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 24/0043-01

Status: öffentlich

Datum: 17.01.2024

Polizeieinsatz in der Unterkunft für Geflüchtete in Saarn am 6. Januar 2024

Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und CDU zum bestehenden TOP "Tödlicher Vorfall in der Geflüchtetenunterkunft Saarn" A24/0018-01

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Integrationsrat	19.01.2024	Ö	Entscheidung
Sozialausschuss	22.01.2024	Ö	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und CDU beantragen:

Die Verwaltung wird gebeten, einen umfassenden Sachstandsbericht über die Ereignisse vom 6. Januar 2024 in der Geflüchtetenunterkunft in Saarn zu geben. Dabei richtet sich das Interesse der Politik nicht nur auf die Umstände und die Maßnahmen zur Unterstützung der Aufklärung des Polizeieinsatzes, im dessen Zusammenhang ist ein junger schwarzer Mann ums Leben gekommen ist.

Daher wird die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welchen Aufenthaltsstatus hatte der junge Mann aus Guinea, der seit 2016 in Deutschland lebte?
2. Wie wurde sein Fall in der Ausländerbehörde bearbeitet?
3. Welche gesundheitliche Hilfsangebote waren schon vorhanden oder geplant?
4. Wie viele ungeklärte Identitäten in den Unterkünften haben wir in Mülheim? Und welche Möglichkeiten einer Klärung gibt es ?
5. Welche Lehren oder Konsequenzen zieht die Verwaltung aus diesem Vorfall für die Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten?
6. Welche Hilfsangebote gibt es für Menschen in der Unterkunft, aus dem Bekannten- und Freundeskreis des Opfers sowie den beteiligten Personen wie z.B. Polizistinnen und Polizisten etc., um die psychische Belastung durch das Ereignis zu bewältigen?
7. Ist es der Verwaltung möglich, eine nach Nationalitäten aufgeschlüsselte Belegungsstatistik für das Kalenderjahr 2023 in der Saarer Unterkunft vorzulegen?

Können Einzelheiten, aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht öffentlich gesagt werden, kann in nichtöffentlicher Sitzung weiter ausgeführt werden.

Sachverhalt:

Ein Polizeieinsatz mit Todesfolge ist ein außergewöhnliches und tragisches Ereignis, über das die Politik umfassend informiert werden sollte.

Ingrid Tews

Fachsprecherin im AGS

Bündnis 90 / Die Grünen

Silke Behrendt

Fachsprecherin

im Integrationsrat

Bündnis 90 / Die Grünen

Franziska Krumwiede-Steiner

Fraktionsvorsitzende

Bernd Dickmann

Fachsprecher im AGS

CDU-Fraktion

Heiko Hendriks

Fachsprecher

im Integrationsrat

CDU-Fraktion

Christina Küsters

Fraktionsvorsitzende

Bündnis 90 / Die Grünen

CDU-Fraktion

Anlagen: